



„Wenn wir deponieren müssen, wird's schwierig“: PFOA als Hürde für Windpark in Altötting

22.10.2025, 17:03 Uhr

Von: Daniela Haindl



Im Landkreis Altötting sollen 27 Windräder im Staatsforst erbaut werden. © Patrick Pleul / picture alliance dpa

Die Genehmigungsanträge zum Windpark im Landkreis Altötting sind in Arbeit – doch der Umgang mit PFOA-belastetem Bodenaushub ist nach wie vor ein großes Problem. Bei der jüngsten Kreistagssitzung zeigten sich die Vertreter von Qair entschlossen, eine Lösung zu finden.

Landkreis Altötting – Bei der Kreistagssitzung in Altötting am 20. Oktober wurde über den Stand des Projekts „Windpark Altötting“ informiert. Vertreter des Windparkbauers „Qair“ stellten den Fortschritt, aktuelle Herausforderungen und den weiteren Zeitplan vor. Besonders das Thema Bodenmanagement und die **Entsorgung von PFOA-belastetem Bodenaushub erweist sich als entscheidendes Hindernis** für das Vorhaben, das bereits ab 2028 Strom liefern soll.

***PFOA (Perfluorooctansäure)** gehört zur Gruppe der PFAS-Chemikalien gehört. Sie ist nicht biologisch abbaubar und kann sich in der Umwelt und im Körper anreichern. PFOA ist seit 2020 in der EU verboten und gilt als besonders besorgniserregender und krebserregender Stoff.*

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

„Ein wichtiger Baustein der Energieversorgung“

„Wir sind etwas hinterher im Zeitplan, aber wir haben Gründe“, erklärte Heike von der Heyden, Geschäftsführerin von Qair. Wegen der zahlreichen Vorhaben im bayerischen Chemiedreieck, wie beispielsweise dem Ausbau des Stromnetzwerks, den Plänen für ein großes Umspannwerk, stimme sich Qair laufend mit dem Netzbetreiber „TenneT“ und den Bayernwerken ab. Ziel sei, das Projekt gemeinsam voranzutreiben. Aktuell sind 27 Windkraftanlagen geplant, die voraussichtlich rund 320 Millionen Kilowattstunden sauberen Windstrom produzieren sollen.

„Als kritische Infrastruktur müssen wir dabei besondere Themen berücksichtigen“, betonte von der Heyden. Neben Fragen der Cybersicherheit gehe es vor allem um den Umgang mit Natur, Boden und Wasser. Die Windmessungen und naturschutzfachlichen Kartierungen seien abgeschlossen, die drei Genehmigungsanträge bereits eingereicht. Derzeit befinde man sich in enger Abstimmung mit Landratsamt, Gemeinden und Bürgern, um die Unterlagen zu vervollständigen. Das öffentliche Verfahren soll bereits im Dezember starten. Für 2026 werde die Genehmigung erwartet, der Baubeginn sei für 2027 vorgesehen.

PFOA bremst nicht nur den Windpark aus

Doch das Bodenmanagement bleibt ein Knackpunkt. Grünen-Kreisrat Gunter Strebel erinnerte an die hohen Kosten der Entsorgung von PFOA*-belastetem Bodenmaterial aus dem Staatsforst. „Die entscheidende Frage ist, wohin deponiert wird, denn das wird die Genehmigung und den Bau sicherlich erschweren“, mahnte er. Von der Heyden entgegnete: „Wir wollen eigentlich nicht deponieren und gehen nicht davon aus, dass wir große Massen zu deponieren haben.“ Der Aushub solle schichtweise und mit Folien bedeckt zwischengelagert und vor Ort wieder eingebracht werden. „Wir haben eine Kanzlei beauftragt, die mit solchen Projekten viel Erfahrung hat und glauben deshalb, dass eine Deponierung nicht nötig ist“, unterstrich von der Heyden.

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

„Wenn wir alles deponieren müssen, wird's schwierig – aber nicht nur für uns, sondern auch für andere“, sagte sie mit Blick auf die PFOA-Problematik, die im Landkreis derzeit zahlreiche Bauprojekte im Landkreis ausbremst und verhindert. CSU-Kreisrat Tobias Windhorst unterstrich deshalb, dass der Windpark diesbezüglich nicht besser gestellt werden dürfe. Jedes Vorhaben müsse gleich behandelt werden. „Deswegen haben wir uns Anwälte reingenommen. Wir wollen keine Sonderlösung, aber es wäre eine Lösung, an die sich alle anschließen könnten“, erklärte von der Heyden.

PFAS-Hotspots in Deutschland: Nicht nur der Landkreis Altötting ist betroffen.

© Umweltbundesamt

Peter Áldozó (Grüne) bemerkte: „**Wenn das Projekt wegen PFOA scheitern sollte, dann muss man sich auch bundesweit Gedanken machen.**“ Tatsächlich sind nicht nur das Gebiet um den Verursacher im Chemiepark Gendorf, sondern auch zahlreiche Landstriche weltweit von der Verschmutzung mit den sogenannten „Jahrhundertchemikalien“ betroffen.

Hans Steindl (SPD), Altbürgermeister von Burghausen, betonte: „Wenn wir das dem Chemiedreieck zumuten, dass wir hoppladihopp aussteigen, weil wir das PFAS-Problem nicht lösen können, dann sind wir politisch nicht mehr handlungsfähig und werden infrastrukturell massiv zurückgeworfen. Dann sehe ich keine Investitionschancen mehr.“

Qair sei mit dem Investitionsvorhaben in ein Thema „reingefallen“, an das niemand in Deutschland gedacht habe, kommentierte Landrat Erwin Schneider (CSU). Eine Sonderlösung dürfe es jedoch nicht geben.

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremder Inhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

[Hier geht es zu unserer Themenseite zum Windpark Altötting](#)

[Zur Startseite](#)